

# Genosse Herzfeld 75 Jahre

## Ein Anwalt des revolutionären Proletariats

Am 18. Dezember 1928 vollendet Genosse Rechtsanwalt Dr. Joseph Herzfeld sein 75. Lebensjahr.

Genosse Herzfeld fand von seiner frühesten Jugend an im Kampf der Arbeiterklasse, selbst ein Sohn der Arbeiterklasse, zu deren Anwalt er sich emporarbeitete. Kein goldener Schlüssel des väterlichen Gelds öffnete ihm die Tore des Wissens, deren Waffen er in den Dienst der kämpfenden Arbeiterklasse stellte.

Nach unter dem Wüten des Sozialistengeheles schloß sich Herzfeld der verfolgten und verlebten Sozialdemokratie an, ihr mit allen Kräften gegen die Bismarcksche Volkseindämmerung helfend. Als Jurist gelang es ihm, das Junker- und Bourgeoisdeutschland mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, wie folgende Episode zeigt:

Im Jahre 1888 war Genosse Herzfeld als Gerichtsarreferent mit der Führung des Protokolls in einem Prozeß gegen die Sozialdemokraten aus Adlershof und Köpenick betraut, denen ein gemeinsamer Ausflug als verbotene Verammlung ausgesetzt wurde. Das von Herzfeld in der Verhandlung angefertigte Protokoll wurde von dem vorstehenden Richter zertrümmert, weil es keine Handhaben zur Verurteilung der Angeklagten bot.

In dem Prozeß gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand war Herzfeld Verteidiger von Singer, Sebel und Auer.

Im Jahre 1898 schickte die Sozialdemokratische Partei Herzfeld als Vertreter für den Wahlkreis Mecklenburg in den Reichstag, dem er bis 1924 mit geringer Unterbrechung angehörte.

Als im August 1914 die SPD mit wehenden Fahnen in das Lager des Kriegserbirens des imperialistischen Deutschland ging, wählte Herzfeld als einer von wenigen, wo sein Platz als revolutionärer Sozialist ist. Schon bei der ersten Kriegstreibbewilligung des Reichstages, in den Augusttagen 1914, brach er um der höheren Pflicht willen die Disziplin der für die Arbeit eintretenden sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und enthielt sich der Stimme.

Als die Kriegspolitik der offiziellen Parteiführung die Sozialdemokratische Partei spaltete, stand Herzfeld bei der USPD und arbeitete während des Krieges auf das engste mit der Spartakusgruppe, mit Liebknecht, Luxemburg, Rehring, Eichhorn, Däumig und anderen zusammen. Er nahm als revolutionärer Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg an der internationalen Konferenz im Zimmerwald teil.

Als Anwalt der in dieser schweren Zeit in die Klauen der Militär- und Klassenjustiz gefallenen Revolutionäre hand er in vorderster Reihe. So war er u. a. der Verteidiger Ledebours in dessen Prozeß; und als Roske 1918 die Perle des weißen Schreckens in Deutschland eingeleitet hatte, hand Herzfeld in zahlreichen Prozessen an der Seite der angeklagten Proletarier, die er mit Erfolg verteidigte.

Der kommunistischen Partei gehört Genosse Herzfeld seit der Spaltung der USPD an. Er ist eines ihrer ältesten Mitglieder. Auf Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde er im Juli 1928 vom Reichstag als Beisitzer im Staatsgerichtshof gewählt.

Als heute steht der Genosse Herzfeld noch immer in der ersten Front der Verteidigung revolutionärer Proletarier gegen die Klassenjustiz. Aus den großen Prozessen der letzten Jahre, in denen Herzfeld als Verteidiger wirkte, seien nur der Thetens, Seifhardt, und der Zentrals-Prozeß genannt.

Aber nicht nur in Deutschland wirkte Herzfeld für die Verteidigung der Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz. Er wirkte als Verteidiger der Roten Hilfe in dem großen finnländischen Prozeß in Abo im Sommer dieses Jahres, in dem u. a. auch der Genosse Taimi verurteilt wurde wegen Teilnahme an der Revolutionärsregierung von 1919, die durch die Baltikamer vertrieben wurde. Im September und Oktober dieses Jahres war Herzfeld im Auftrag der Roten Hilfe Verteidiger in dem großen Klauenburger Prozeß, der einzige ausländische Verteidiger, der zu diesem Prozeß zugelassen wurde.

Was wir, was die revolutionäre Arbeiterklasse dem Genossen Herzfeld an seinem 75. Geburtstag wünschen? Daß er noch viele Jahre als Kämpfer gegen die bürgerliche Klassenjustiz, als Anwalt des revolutionären Proletariats in aller Frische wirken kann.



Die Streiktagen eine reichhaltige englisch-französische Front gegenüber. Frankreich verlangt unter dem Namen des Comité consultatif (Beistellungs-Komitee) eine Dauerkontrolle über das Rheinland und wird dabei vom englischen Imperialismus unterstützt. Die Kölnische Zeitung formuliert ganz richtig:

Das ist der Standpunkt, den Briand jetzt in Lugano verfolgt. Was mit Lloyd George und Wilson 1919 nicht erreicht wurde, soll 1928 mit Baldwin und Chamberlain erreicht werden. ... Verlaßtes soll halt abgehaut zehn Jahre nach dem Diktat durch ein Heberverlaßtes gesichert werden.

Was die locarnofreundliche bürgerliche Presse jetzt einzufluchen muß, was nur noch die Sozialdemokratie vor der Arbeiterfront zu verweigern mag; der Kontrast der Locarnopolitik ist für uns keine Ueberrückung. Wir stellen wiederholt fest, daß der Damespatt das Mittel des Westimperialismus ist, um Deutschlands Abhängigkeit zu sichern, und daß man deshalb nicht freiwillig diese Waffe aus der Hand geben wird. Mit vollem Recht hat jetzt, nach Lugano, die „Zowetaja“ darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen der Sowjetpresse über die Folgen der Westorientierung Deutschlands sich vollumfänglich bestätigt haben. Aus einem wertvollen Subjekt der internationalen Beziehungen wird Deutschland mit Hilfe der Westorientierung in ein Objekt des englisch-französischen Imperialismus verwandelt.

Das Neue an der jetzigen Situation im Verhältnis zur Zeit der Unterzeichnung des Locarnopaktes ist die veränderte Stellung des französischen Imperialismus. Der Damespatt und der Locarnopakt bedeuteten insofern eine Schwäche der französischen Bourgeoisie, als sie auf die Pläne der Militaristen und Poincaré auf Dauerbeziehung des Ruhrgebiets um verzichteten mußte. Heute ist der französische Imperialismus erstarkt. England muß angesichts des verschärften, weltumspannenden Gegenkampfes zwischen England und den USA in den Fragen der deutsch-französischen Interessengegenstände viel größere Konzessionen gewähren als bisher. Damit werden die Aussichten auf eine Erfüllung der Wünsche der deutschen Bourgeoisie in der Räumungsfrage und in den Fragen der legalen militärischen Aufrüstung Deutschlands solange immer schlechter werden, bis die deutsche Bourgeoisie nicht vorbehaltlos in die Kriegsvorderfront gegen die Sowjetunion einschwenkt. Und dieser verstärkte Druck auf Deutschland kam in dem von der Kölnischen Zeitung enthielten Kriegsangebot Chamberlains an Stresemann in harter Form zum Ausdruck.

Der Ausweg? Die Kölnische Zeitung versucht mit dem Bolshewikentum die Ententemächte zur Nachgiebigkeit zu gewinnen. Wie aber, wenn durch die Unfähigkeit Westeuropas nicht nur Rußland nicht wieder in den allgemeinen europäischen Wirtschaftskreislauf hineingezogen wird, sondern noch ein anderes Kleingebiet, Deutschland eines Tages auslöset, zusammengebrochen durch die Unvernunft seiner Gläubiger, jechlich zertrümmert, ein schlapper Körper, gerade dazu noch fähig, den Spaltspitz des Bolshewismus oder seines Gegenpols des Faschismus, aufzunehmen? Und weiter: „An allen Ecken Rußland? Stresemann denkt heute sicher daran (!), aber auch Briand und Chamberlain sollten vor dieser Gefahr den Kopf nicht in den Sand stecken!“

Solche Ausführungen der Damespatt-Propaganda zur Genüge die Krisis der deutschen Außenpolitik, in die sie inmitten der sich verärfelnden, zunehmenden äußeren und inneren Widersprüche des Kapitalismus hineingeraten ist. Während die Kölnische Zeitung die Ententemächte mit dem Schreckgespenst eines deutschen Bolshewismus, wahrscheinlich ohne sich selbst viel Hoffnung zu machen, beeinträchtigen will, geben andere Organe der deutschen Bourgeoisie die Locarnopolitik, die heute als eine Lugano-Propaganda zum Ausdruck kommt, noch offener zu, und stellen die Frage nach der Verwertung des Locarnopaktes. Das war in einer gewissen Beziehung schon der Sinn der Zentralsangriffe auf Stresemann, die seinen Rücktritt forderten. Angriffe, hinter denen der jetzt zum Parteivorstand gewählte Prälat Kaas stand. Und jetzt nach Lugano stellt im Hannoverschen Kurier vom 16. Dezember, einem Organ der Deutschen Volkspartei, Dr. Ernst Brauweiler offen die Frage, ob angesichts der gemeinsamen einheitlich französisch-englischen Front, mit der künftig auf lange Zeit zu rechnen ist, die deutsche Außenpolitik nicht neue Wege einschlagen muß. „So ist eine Lage entstanden, die neue Auslegungen, neue Einstellungen und wahrscheinlich auch neue Wege erfordert. Nichts wäre falscher, als in veränderten Verhältnissen an einem alten Faden zu spinnen, der offenbar zu Ende gewickelt ist.“

Dieser Vertreter des Standpunktes breiter Großunternehmerkreise jagt also ganz klar, daß die betrügerischen Locarnopolitiken zertrümmert wurden.

Und die Lösung? „Wenn wir auf die bisherige Weise nicht weiterkommen, dann wird sich fragen, ob es nicht vorzuziehen ist, zunächst einmal abzuwarten und eine Pause in unserer eigenen Aktivität einzutreten zu lassen.“

Mit dieser Lösung ist die Deutsche Volkspartei bei dem Reichstag Theodor Wolffs gelangt, den Locarnogeist in Spiritus aufzubewahren und mit einem Ausschüßel: „Das Verbleiben des Gegenlandes ist nicht gestattet“ zu verleben.

Nach der Genjer Wählerbundstagung schreiben wir: „Genf hat gezeigt, daß die deutsche Bourgeoisie trotz aller Niederlagen nicht daran denkt, den Locarnopakt aufzugeben.“ Das bürgerlich-sozialdemokratische Echo zu Lugano bestätigt diese Feststellung. Auch in den internationalen Beziehungen der Staaten steht die Front Klasse gegen Klasse! Und deshalb ist die deutsche Bour-

### Protest Sachsens gegen Befehung des Reichsbahnrats

Die sächsische Regierung hat vor dem Staatsgerichtshof eine Klage gegen das Reich eingebracht, in der sie für die auf das Reich übergegangenen sächsischen Staatsbahnen eine Abfindung fordert. Sachsen verlangt eine Abfindung in Höhe von 24 Milliarden Mark, von der die vom Reich übernommenen schwebenden und hunderterten Schulden abzuziehen sind, so daß als Restausgeld über ungedeckte Abfindung ein Betrag von 805 Millionen Mark übrig bleibt. Sachsen fordert darüber hinaus die Aufwertung dieses Restausgeldes, das in 30 Jahren zu einem Zinsfuß von 4 1/2 Prozent vom Reiches getilgt werden soll. Die Einbringung der Klage Sachsens beim Staatsgerichtshof ist die unmittelbare Antwort des Landes auf die Befehung der freigewordenen Verwaltungsratsstellen der Reichsbahn durch die Reichsregierung, die ohne Befragung der Länder kurz vor der bereits anberaumten Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgenommen worden ist. Der sächsische Gesandte in Berlin hat in der Reichskanzlei gegen diese Ernennung der neuen Mitglieder des Reichsbahn-Verwaltungsrates mündlich Einspruch erhoben und einen schriftlichen Protest angekündigt.

### Protest Sachsens gegen Befehung des Reichsbahnrats

Die Haltung der Reichsregierung in der Frage der Postenbefehung des Reichsbahn-Verwaltungsrates ist eine unethische Präferierung der einmütigen Forderungen des sächsischen Landtages auf stärkere Beachtung der sächsischen Verfassungsmöglichkeiten. Da jedoch in Sachsen hauptsächlich die Verbindung der großen Linien mit den Arbeiterwohnortsgemeinden gefordert wird, die sich um die Groß- und Industriestädte gruppieren, funktioniert die Damespatt- und die Koalitionsernennung sanktioniert die unverfälschte Methode der Nichtbeachtung.

### Tariffündigung in der obereschleffischen Eisenindustrie

In diesen Tagen werden die an dem Tarifvertrag für die obereschleffische Eisenindustrie beteiligten Metallarbeitergewerkschaften sowohl das Arbeitszeitabkommen als auch das Lohnabkommen kündigen. Dieser Beschluß ist gemeinsam von den Gewerkschaften aller Richtungen gefaßt worden. Eine Einigung auf die Forderungen, die an die Unternehmer gestellt werden, ist erfolgt. Bezüglich der Arbeitszeit richtete sich die Forderung auf die Einführung der Achtstundenschicht.

### Verzweiflungstat des Eingesperrten

Zwei Zuchthauswachtmeister von einem Raubmörder niedergeschossen

II. Jüterburg. Der zu lebenslänglichen Zuchthaus verurteilte Raubmörder Berneder erhielt Montag vormittag im Jüterburger Zuchthaus den Besuch eines Verwandten. Als der Oberwachmeister Johanna den Besucher zu Berneder in die Zelle ließ, hatte Berneder plötzlich einen Revolver in der Hand und gab auf den Oberwachmeister einen Schuß ab, der diesen tötete. Der hinzukommende Wachtmeister Raufoß erhielt ebenfalls einen Schuß in den Kopf und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

### Oppositionsieg im DBVW Essen

Essen-Vorbeck, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Ortsverwaltungswahl des Bergarbeiterverbandes erzielte die Opposition die überwiegende Mehrheit. Der 1. Vorsitzende, 2 Kartelldelegierte, ein Revisor und der Jugendobmann fielen der Opposition zu. Im vergangenen Jahre konnte die Opposition nicht einmal eine eigene Liste aufstellen. Der bisherige reformistische Zahlstellenleiter hatte die Funktion bereits seit 19 Jahren inne.

### Das Feuer auf der Beche Diergardt schwelt weiter

Das ganze Revier neuerdings gesperzt

II. Rheinhausen. Nach den letzten Feststellungen der Werkbehörde schwelt das am 11. Dezember ausgebrochene Feuer auf Schacht „Karl Theodor“ immer noch weiter. Da trotz der starken Abdämmung der unteren und oberen Sohle durch zwei Dämme ein Durchdringen des Gases noch zu befürchten ist, wurde das ganze Revier neuerdings wieder gesperzt.

### Rebellion der Zentrumsarbeiter

Essen. In einer von 300 Arbeiterdelegierten besetzten Vertrauensmännertagung der westdeutschen Arbeiterzentrumswähler wurde zu den Vorgängen auf dem Zentrumsparteitag eine Entschlieung angenommen, in der es heißt:

„Sie (die Vertrauensmänner — d. Red.) sind der Ueberzeugung, daß in der Nichtwahl des vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten bewährten Führers der christlichen Arbeiterbewegung, Stegerwald, eine bewußte Zurücksetzung des Arbeiterhandes erblickt werden muß. Bei der heutigen Gesamtstruktur unseres Volks- und Wirtschaftslebens, bei mehr als 70 Prozent Lohn- und Gehaltsempfängern — liegt es im Lebensinteresse der Partei, diesem Umstand Rechnung zu tragen und den Aufstiegsbestrebungen des Arbeiterhandes, die unserem Jahrhundert den Stempel aufdrücken, die notwendige Beachtung zu widmen.“

Die Entschlieung fordert dann die Einziehung von Arbeiterbeiträgen in örtlichem und bezirklichem Maßstab und größere Berücksichtigung der Arbeiter bei den Tagungen der Zentrumsparlei, besonders Erstattung der Fahrkosten für Arbeiterdelegierte.

Der Annahme dieser Entschlieung ging eine scharfe Diskussion voraus. Das Referat hielt Stegerwald, der jedoch vor den Klauer-Kaas-Rückzug vollständig kapituliert. Stegerwald hegte gegen die Beamten, die jedoch ihre Haltung auf dem Kölner Zentrumsparteitag damit begründeten, daß Stegerwald im vorigen Jahre gegen die Besetzungserhöhung aufgetreten ist. Wie Stegerwald mitteilte, waren in Köln insgesamt 488 Delegierte anwesend, davon nur 44 Arbeiter. Ein Bergarbeiter aus Bottrop führte in der Debatte aus:

„Es wäre besser gewesen, wenn im Jahre 1918 die christlichen Arbeiter zusammen mit den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern die Sache gemacht hätten. Im Vergleich werden die Kämpfer namentlich ausgebeutet. Mit 24,50 Mk. müssen sie Frau und Kinder ernähren und von dem Geld auch noch die Steuern bezahlen.“

### Ueberall Demonstrationen betrogener Arbeiter

Wanne-Eidel, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In Wanne-Eidel fand eine massvolle Kundgebung der Erwerbslosen für eine Weihnachts- und Winterbeihilfe statt. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt, im Anschluß an die Kundgebung vor das Rathaus zu ziehen. Dieser Beschluß wurde ausgeführt, obwohl der Oberbürgermeister eine Unmenge Polizei zum Schutze des Rathauses aufgeboden hatte. Etwa 1400 Demonstranten durchzogen den Polizeifordon und zogen vor das Rathaus. Die Demonstranten haben dem Oberbürgermeister angekündigt, am 1. Weihnachtsfesttag eine zweite Demonstration anzusetzen.

### Aus der Partei

Brandler und Thalheimer

Die Zentrale Kontrollkommission der KPD in der DDR hat an Brandler und Thalheimer die Aufforderung gerichtet, sich in kürzester Frist in Moskau einzufinden, um sich vor dem Parteikollegium der ZK der KPD über ihr disziplinwidriges Verhalten zu verantworten. Als äußerster Termin des Eintreffens in Moskau wurde der 21. Dezember festgelegt.

Verfahren gegen Galm-Hausen

Das Untersuchungsverfahren vor der besonderen Kommission der Komintern in Sachen Galm-Hausen ist abgeschlossen und der Beschluß, der in einer Reihe von Bedingungen besteht, die an die beiden betreffenden Genossen gerichtet werden, wird in den nächsten Tagen dem Präsidium des ERK zur Bestätigung vorgelegt. Galm und Hausen, die bei den Kommissionsberatungen in Moskau vernommen wurden, sind nach Deutschland zurückgekehrt und werden sich nach Bestätigung des Beschlusses der Kommission durch das ERK zu dem vom ERK gestellten Bedingungen zu äußern haben.

### „Warmer“ Empfang für Hoover

Keunort, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der Ankunft Hoovers in Montevideo ist es zu einem Zwischenfall gekommen. Auf dem Wege von den Docks zu seinem Hotel, den er im offenen Wagen von Kavallerie eskortiert zurücklegte, wurde er von einzelnen Zuschauern mit „Heisen und Rufen, wie „hoch Sandino! hoch Maratagua!“ empfangen. Es entwickelte sich eine Schlägerei. Die Menge durchbrach die Polizeikette und überstürzte einen großen Wagen, den der Wagen überqueren mußte. Eine Kavallerieabteilung wurde in aller Eile herangezogen und „säuberte den Platz“. Erst dann konnte Hoover die Weiterfahrt fortsetzen. Sein Hotel steht unter scharfer militärischer Bewachung.

Heute Parteiarbeiter-Versammlung von Groß-Dresden, im Bürgergarten, Löblau Lübeder Str. / Referat des Gen. Siegr. Hädel über: Die sozialpolitische Lage und die sozialpolitischen Aufgaben der KPD / Die Auswertung der Aris-Kontrollen